

# grh Mitteilungen<sup>12</sup>/<sub>23</sub>

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org

Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

---

Der Vorstand der GRH, die Geschäftsstelle und die Redaktion der Mitteilungen grüßen in solidarischer Verbundenheit die Angehörigen der Grenzpolizei / Grenztruppen der DDR zu ihrem 77. Jahrestag.

*Wir wünschen allen Mitgliedern, Sympathisanten, Freunden, Unterstützern und Lesern - so es denn unter den schwierigen gegenwärtigen weltweiten und inneren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen möglich ist - geruhsame Advents- und Weihnachtstage sowie einen guten Start in das neue Jahr 2024. Wir bedanken uns bei den TAG-Vorsitzenden, den Vorständen und Sprecherräten, den Kassierern, Betreuern und Mitgliedern der Arbeitsgruppen des Vorstandes, die mit uns gemeinsam die Vereinsarbeit im abgelaufenen Jahr des 30 jährigen Bestehens der GRH gewährleistet haben. Unser Dank gilt allen Spendern. Unser besonders herzlicher Gruß gilt den von der Siegerjustiz Verurteilten und Verfolgten. Wir grüßen all jene Mitglieder, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht mehr aktiv am Vereinsleben teilhaben können, von Angehörigen betreut werden müssen, oder ihren Lebensabend in Alters- und Seniorenheimen verbringen.*

*In solidarischer Verbundenheit grüßen wir unsere Mitglieder und Freunde in den USA und in anderen Ländern.*



## Unsere Stärke ist unsere Solidarität

### Deutschland und die Menschenrechte

Hans Bauer

Am 10. Dezember begeht die Weltöffentlichkeit den 75. Jahrestag der „Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte“ (AEMR). Es ist das wichtigste Dokument nach Gründung der UNO 1945, ein Bekenntnis der Staatengemeinschaft zu den Grundprinzipien der Würde des Menschen und seiner sozialen, zivilen und politischen Rechte.

Wenn auch unverbindlich und allgemein, hat die Erklärung seit 1948 fundamentale Bedeutung für das internationale und innerstaatliche Recht, ist Leitlinie und Maßstab aller Menschenrechte.

Während des Kalten Krieges waren Menschenrechte Gegenstand der internationalen Auseinandersetzungen, auch zwischen beiden deutschen Staaten.

In der DDR wurden schrittweise die materiellen Voraussetzungen geschaffen, um den Ansprüchen an einen hohen Menschenrechtsstandard gerecht zu werden. Das betraf existentielle Voraussetzungen für ein Leben in Frieden, Sicherheit und Wohlstand für alle (u. a. Wohnung, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Gleichberechtigung, Fürsorge für jung und alt). Notwendige Einschränkungen ergaben sich vor allem aus der feindlichen Politik der BRD: Alleinvertretungsanspruch, Abwerbung und Wirtschaftsembargo.

Die Bundesrepublik (alt) erklärte sich seit ihrer Gründung als Muster der Menschenrechte, vor allem der zivilen und bürgerlichen, also Demokratie und Freiheit. Tatsächlich widersprach nicht nur die Entstehung des Grundgesetzes (GG) diesen Ansprüchen, die 1950er Jahre waren beispielhaft für Missachtung wichtiger Menschenrechte: Die schleppende Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen, Wiedereingliederung von Nazis in höchste Ämter, Radikalenerlass, Verbot von FDJ und KPD etc. International setzte der Staat auf Unterstützung von Faschismus und Rassismus, Aufrüstung, Konfrontation. Nach kurzer Zeit der Entspannung waren mit dem Entstehen des imperialistischen vereinten Deutschlands keine Grenzen mehr gesetzt.

Massive Menschenrechtsverletzungen gehören seit 1990 zur Normalität der Politik. Millionenfach gegen Ostdeutsche – bis heute - und zunehmend gegen die gesamte Bevölkerung. Abbau sozialer und demokratischer Rechte nach innen und Feindseligkeiten und Kriege nach außen, sofern es nicht die NATO- oder andere Bündnispartner betrifft. Mit der Ampelregierung hat deutsche Menschenrechtspolitik aber jegliches Maß verloren. In den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten werden historische Verantwortung, Ursachen und Anlässe verfälscht und verschwiegen.

Schwerste Menschenrechtsverletzungen, so die Situation der Bevölkerung im Donbass mit

Tausenden von Toten seit 2014 und die Lage der Palästinenser in einem erzwungenen Ghetto seit 1947, sind für deutsche Politiker keiner Rede wert. Statt dessen befeuern sie durch Feindseligkeiten und Waffenlieferungen, einseitige Informationen und aufheizende Propaganda Konflikte und Kriege. Und verschlimmern das menschen-unwürdige Leben in den betreffenden Regionen. Das hohe Gut der „Würde“ des Menschen (Art. 1 AEMR, Art. 1 GG) wird mit deutscher Unterstützung schwerwiegend verletzt.

Begleitet wird diese Politik durch zunehmende Missachtung der Menschenrechte im Inneren. Wer öffentlich gegen die verordnete Staatsräson auftritt, muss berufliche und andere Nachteile bis zur strafrechtlichen Verfolgung befürchten. Ein eindeutiger Verstoß gegen das grundlegende Recht auf Meinungsfreiheit (Art. 19 AEMR, Art. 5 GG). Dass die Verwirklichung von Menschenrechten hierzulande in krassem Gegensatz zu behauptetem Anspruch in Wort und Tat stehen, belegt die an weiteren Forderungen der AEMR (30 Artikel) gemessene Wirklichkeit, u. a. beim Recht auf soziale Sicherheit, Wohnung, Arbeit, Nichtdiskriminierung, Informationsfreiheit.

Wie alljährlich, auch in diesem Jahr wird sich die Bundesrepublik im Monat der Menschenrechte als deren Gralhüter feiern. Und sich der Welt als Vorbild präsentieren. Die üblichen Lobgesänge auf Deutschlands Menschlichkeit, Recht und Moral können allerdings nicht verschleiern, dass in dieser Gesellschaft Menschenrechte keine wirkliche Heimstatt haben.

**Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!**  
*Wera Richter in der UZ vom 24. November 2023*

„Stoppt den Völkermord! Solidarität mit Palästina“ sollte auf einem Aufkleber stehen, den die DKP in der vergangenen Woche in Druck gegeben hat. Die Online-Druckerei stornierte den Auftrag – mit Hinweis auf einen möglichen Straftatbestand der Volksverhetzung nach Paragraph 130 Strafgesetzbuch. Die Druckerei nennt das Qualitätskontrolle. Wir nennen es Zensur. In Leipzig wurden DKP und SDAJ Räume eines nach eigener Aussage antifaschistischen Kulturzentrums für eine Lesung aus Ronald M. Schernikaus „Die Tage

von L“ gekündigt. Die „Ansichten und Werte des Veranstalters SDAJ zur aktuellen Lage in Israel und Gaza“ deckten sich „nicht mit denen des Vereins“, so die Begründung.

Der Bundesausschuss der DGB-Jugend veröffentlichte einen Beschluss „Solidarität mit unseren Freund\*innen in Israel“, in dem das Leid der Menschen in Gaza und im Westjordanland keine Erwähnung findet. Die Berliner Volksbühne lud den Ex-Labour-Chef Jeremy Corbyn aus, weil er sich „in der Vergangenheit nicht ausreichend von antisemitischen Positionen distanziert“ habe. Auf dem Parteitag von „Die Linke“ erntete ein Delegierter Pfiffe, als er den Völkermord in Gaza als solchen benannte. Berlins ehemaliger Kultursenator Klaus Lederer hingegen bekam Beifall für die Frage, wie man nach den Angriffen auf Israel am 7. Oktober noch immer dieses „Nahost-Theater“ aufführen könne. Er meinte damit offenbar die Solidarität mit den Palästinensern im Gaza-Streifen und im Westjordanland. In den Revierparks in Nordrhein-Westfalen dürfen Parteien keine Veranstaltungen mehr durchführen. Nach mehr als 20 Jahren UZ-Pressfesten im Dortmunder Revierpark Wischlingen lässt sich das durchaus als „Lex DKP“ verstehen. Die erste Absage erfolgte nach dem 24. Februar 2022, dem Eintritt Russlands in den Ukraine-Krieg. Alles nur Nadelstiche und Schwamm drüber? Nein, das ist die fortgeschrittene Formierung der Gesellschaft, die die Regierenden für ihre Kriegsertüchtigung brauchen. Die Formierung wird bereitet und flankiert von nahezu gleichgeschalteten Medien, willfähriger Justiz und losgelassener Polizei. Die Formierung begann nicht mit dem 7. Oktober und nicht mit dem 24. Februar vergangenen Jahres. Sie begann auch nicht mit den ersten Corona-Toten in diesem Land. Aber diese Ereignisse markieren Schübe im reaktionärmilitaristischen Staatsumbau. Wer das Impfen und die Qualität der Impfstoffe in Frage stellte, war Corona-Leugner und rechter Schwurbler. Wer das Narrativ vom russischen Angriffskrieg, der zu verurteilen sei, und das der Ukraine als Hort der Demokratie in Frage stellte, war Putin-Versteher und Querfrontler. Wer den Krieg Israels gegen Gaza kritisiert, ist Antisemit. Alle zusammen sollen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Ihre Fragen und Zweifel an der Erzählung der Herrschenden sollen kein Gehör finden. Ihr Nein zur Politik der NATO-

Kriegstreiber schon gar nicht. Für das, was diese Bundesregierung tut – alles für den Krieg, nichts für die Menschen in diesem Land –, braucht sie die geschlossene Heimatfront. Alle, die mit offenen Augen durch die Welt gehen, können es sehen: Die SPD-geführte Bundesregierung führt Krieg nach innen und außen – die Menschen sollen dafür zahlen, sie sollen hungern und frieren. Ihre Interessen sind dieser Regierung egal. Dagegen müssen wir uns wehren – gemeinsam und solidarisch. Noch ist das möglich. **Wir wollen Frieden mit Russland und China. Wir wollen Frieden für Palästina. Deshalb muss Deutschland raus aus NATO und EU. Wir wollen warme Wohnungen und Löhne, die zum Leben reichen – und auch noch Kleider und Schuh. Deshalb muss diese Regierung weg. Das wird man ja wohl noch sagen dürfen.**

**Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Dezember und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:**

**zum 97. Geburtstag**

*Grete Krause, Magdeburg*

**zum 93. Geburtstag**

*Rainer Baldauf, Neubrandenburg*

**zum 91. Geburtstag**

*Hans Bornkessel, Cottbus*

**zum 90. Geburtstag**

*Marianne Hähnel, Berlin*

**zum 85. Geburtstag**

*Edgar Robitzsch, Berlin*

*Dieter Winderlich, Papenburg*

*Peter Moser, Zeitz*

**zum 80. Geburtstag**

*Prof. Dr. Reinhard Schiffel, Falkensee*

**zum 75. Geburtstag**

*Peter Dorsch, Leipzig*

**zum 60. Geburtstag**

*Sabine Albrecht, Hüttenberg*

## Mit dem Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen im OKV kulturvoll, erlebnisreich und solidarisch ins Reisejahr 2024

Zunächst ein herzliches Dankeschön den Mitgliedern der GRH, die wir zu unseren Fahrten im Jahr 2023 und zu unserer Herbstveranstaltung am 16. November begrüßen konnten. Zusammen mit den Teilnehmern aus den Reihen unseres Freundeskreises, der ISOR, des Fördervereins RotFuchs u.a. erlebten wir einen interessanten Vormittag u.a. mit dem begeisternden Programm des Ernst-Busch-Chores.

Traditionsgemäß wurde das Reiseprogramm für das Jahr 2024 vorgestellt. Es umfasst 8 Tagesfahrten, 7 Mehrtagesfahrten und 4 Wanderungen, die wie immer im gedruckten Jahresprogramm nachzulesen sind und auch auf der Website des OKV:

<https://okv-kuratorium.org/okv-reisen/> und <https://okv-kuratorium.org/kalender/>.

Auf zwei Tagesfahrten im März möchte ich schon jetzt aufmerksam machen:

Am **8. März 2024** findet die **Frauentagsveranstaltung** statt. Es geht mit dem Bus auf den Jakobshof in Beelitz. Ein Glas Sekt zur Begrüßung muss sein. Wir freuen uns auf die Kabarettistin und Liedermacherin Jane Zahn. Sie unterhält uns mit pointierten Texten und Songs zu den Dingen, die auch uns umtreiben. Nach dem Mittagessen ist Zeit für einen Blick in den Hofladen. Musik zur Unterhaltung und zum Tanzen sowie die gemeinsame Kaffeetafel erwarten uns am Nachmittag.

Am **20. März 2024** krähen „**Die Oderhähne**“ in Frankfurt / Oder im Satirischen Theater & Kabarett e.V. "DIE ODERHÄHNE". Beim Programm **“Alles hört auf kein Kommando“** lassen sie ihren spitzen Schnäbeln und scharfen Sporen so richtig freien Lauf. Wir besuchen die Seniorenvorstellung um 15.00 Uhr. Vorher kehren wir zum Mittagessen ein und es ist noch etwas Freizeit in Frankfurt/Oder.

Der Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen freut sich über eine rege Teilnahme an diesen beiden Fahrten und natürlich auch an unseren anderen Aktivitäten. Gern nehme ich die Anmeldungen telefonisch oder per E-Mail entgegen (Tel. 0173-6102512 bzw. [gbm.dr.weiss@gmail.com](mailto:gbm.dr.weiss@gmail.com)) und schicke auf Wunsch auch unser Jahresprogramm zu.

*Dr. Carola Weiß*

### Veranstaltungshinweise

Wie jedes Jahr gedenken wir den im Januar 1918 ermordeten Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Das Gedenken auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde findet am Sonntag, dem 14. Januar 2024 statt. Die GRH ist in der Gudrunstraße gemeinsam mit ISOR und dem DDR-Kabinett Bochum mit einem Informationsstand vor Ort.

Am Tag davor, am Sonnabend, 13.01.24, veranstaltet die „junge welt“ im Tempodrom, Möckernstraße 10, 10963 Berlin, nahe S-Bahnhof Anhalter Bahnhof, die XXIX. Rosa-Luxemburg-Konferenz unter dem Motto „Wem gehört die Welt?“. Die GRH ist eine der Unterstützerinnen der Konferenz und wird auch hier mit einem Informationsstand vertreten sein. Tickets zum Preis von 34,00 € (normal) oder 49,00 € (Solidaritätspreis) im junge Welt Laden, Torstr.6, 10119 Berlin, im Kleinen Buchladen, Weydingerstr.14-16, 10178 Berlin, oder online unter [www.jungewelt-shob.de/RLK-2024-Konferenzkarten](http://www.jungewelt-shob.de/RLK-2024-Konferenzkarten).

„Frieden allen Völkern“ - unter diesem Motto präsentiert der Ernst-Busch-Chor Berlin zu Ehren des 124. Geburtstages von Ernst Busch ein vielfältiges Repertoire von klassischen bis zeitgenössischen Liedern. Das Konzert findet am **28. Januar 2024, 15:00 Uhr** (Einlass 14:00 Uhr), im Konzertsaal der Universität der Künste, Hardenbergstr./Ecke Fasanenstraße, 10623 Berlin-Charlottenburg statt. Das Trio „Quijote“ aus Chemnitz wird zu Gast sein. Eintrittskarten zum Preis von 15,00 € können unter [ebcb-karten@gmx.de](mailto:ebcb-karten@gmx.de) oder telefonisch bei Frau Schönborn 030 9712317 bestellt werden.

### Terminhinweise in eigener Sache

Die Geschäftsstelle ist in diesem Jahr letztmalig am 19. Dezember personell besetzt. Am 4. Januar

2024 ist sie wieder offen. Die Postzustellung die erste Vorstandssitzung 2024.  
erfolgt erst am 09.01.24. An diesem Tag ist auch